



An die
Vorsitzende des Rates
Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 02.02.2016

AN/0252/2016

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	02.02.2016

Streetwork – Bedarfsgerechter Ausbau

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 02.02.2016 zu setzen:

Beschluss:

Auf Grund der Geschehnisse der Silvesternacht werden sowohl auf Bundes- und Landesebene als auch auf kommunaler Ebene Maßnahmen diskutiert und erste Konsequenzen gezogen. Die Stadt Köln muss mit weiteren wirksamen Maßnahmen die Arbeit von Polizei und Ordnungsamt flankieren.

Daher fordert der Rat als Sofortmaßnahme eine unverzügliche Ausweitung des Streetwork-Programms, so dass pro Stadtbezirk zwei Streetworker eingesetzt werden können.

Begründung:

Bereits seit längerem fordert die SPD-Fraktion eine bedarfsgerechte Ausweitung des bisherigen Streetwork-Programms der Stadt Köln. Derzeit besteht das städtische Angebot aus einer städtischen Koordinierungsstelle und sechs Streetworkern, von denen vier bei der Stadt beschäftigt und zwei bei der AWO angestellt sind. Die Arbeit der Streetworker ist von allen Partnern als sehr bewährter und wirksamer Baustein im präventiven System angesehen.

Im Gegensatz zu vielen festen Beratungsangeboten bietet Streetwork die Möglichkeit der aufsuchenden Hilfe orientiert an den Lebenslagen der Jugendlichen. Letztlich kann so niederschwellige Hilfe in konkreten Problemsituationen angeboten werden und präventiv Gewalt und Delinquenz von Jugendlichen verhindert bzw. verringert werden. Darüber hinaus haben die Streetworker in den letzten Jahren sehr gute Arbeit im Rahmen von Großveranstaltungen wie z.B. Karneval geleistet. Oftmals besteht ein anderer sehr zielgruppenspezifischer Zugang zu den Jugendlichen, so dass die Arbeit von Polizei und Ordnungskräften sinnvoll ergänzt wird.

Auch auf Grund der Geschehnisse der Silvesternacht werden sowohl auf Bundes- und Landesebene als auch auf kommunaler Ebene Maßnahmen diskutiert und erste Konsequenzen gezogen. Die Kommune muss mit weiteren wirksamen Maßnahmen die Arbeit von Polizei und Ordnungsamt flankieren.

Daher fordert die SPD-Fraktion als Sofortmaßnahme eine unverzügliche Ausweitung des Streetwork-Programms, so dass pro Stadtbezirk zwei Streetworker eingesetzt werden können. Durch eine Ausweitung von derzeit sechs auf 18 Kräfte könnten die Streetworker gerade die wichtige vernetzte Arbeit vor Ort – beispielweise in den Sozialräumen oder auch an neu entstandenen und entstehenden Hotspots für Jugendliche – wirksam ausweiten. Auch bei Großveranstaltungen würden so Streetworker in bedarfsgerechter Anzahl zur Verfügung stehen.

Die Verwaltung wird dabei gebeten, eine praktikable Verteilung der 18 Streetworker zwischen Anstellungen bei der Stadt und bei freien Trägern herzustellen.

Die präventiven Effekte von Streetwork werden in der fachlichen Diskussion immer wieder auch im Hinblick auf die Vermeidung von späteren Maßnahmen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe betrachtet. Durch den verstärkten Einsatz von Streetwork kann dadurch langfristig auch einen Beitrag zur nachhaltigen Haushaltsführung leisten.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit des Antrags ergibt sich aus den derzeitigen Sicherheitsüberlegungen auf Grund der Geschehnisse in der Silvesternacht. Repressive und präventive Maßnahmen müssen hier ineinandergreifen und gemeinsam gedacht werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin